

Nach der Covid-19-Krise müssen die Prioritäten neu gesetzt werden: Unser Leben ist wichtiger als der Profit!

Während der Pandemie haben wir uns alle für einen kurzen Moment auf das Wesentliche konzentriert: die Pflege und Rettung von Leben. Innerhalb weniger Tage änderten sich die üblichen Medienthemen: Es wurde über Pflege und nicht über Gesundheitskosten gesprochen, man sah Bilder von Pflegenden und Verkäuferinnen statt von Ökonomen und Managern, und Bilder von Masken statt den Must-Haves der Frühlingsmode 2020!

Dieser Moment dauerte jedoch nicht an, und wir kehren zurück zur "Normalität". Doch diese Normalität wollen wir nicht mehr. Bereits beim Frauen*streik am 14. Juni 2019 haben wir für gesellschaftliche Veränderung mobilisiert und eine Welt ohne Ungleichheit, Diskriminierung und Gewalt gefordert.

Ein Jahr und eine Pandemie später haben wir unsere Forderungen wieder hervorgehoben und müssen feststellen: trotz der grossen Mobilisierung sind nur wenige Forderungen von den Arbeitgebern ernsthaft aufgenommen worden. Mit der Pandemie sind unseren Forderungen aktueller und dringlicher denn je, und wir führen unseren Kampf fort, denn wir wollen keine Rückkehr zur Welt von vorher!

Frauen im Kampf gegen den Virus. Als Frauen, die im öffentlichen Dienst arbeiten, standen viele von uns an vorderster Front: In Spitälern, in Pflegeheimen, in Sozial- und Kinderbetreuungseinrichtungen haben wir für andere gesorgt, oft unter schwierigen Bedingungen: Personalmangel, fehlende Ausstattung, Aussetzung des Arbeitsgesetzes fürs Spitalpersonal. Mehr noch als bisher bekräftigen wir die Notwendigkeit, die öffentlichen Dienste deutlich zu stärken: Betreuung, Kinderbetreuung, die Pflege abhängiger und/oder sozial schwacher Menschen dürfen nicht in den Händen des Privatsektors liegen, sondern müssen ein öffentlicher Dienst sein.

Der Lockdown hat die Mängel sowohl bei der Finanzierung als auch bei der Ausstattung von Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen, sei es in Pflegeheimen oder zu Hause, sowie bei der Kinderbetreuung aufgezeigt. Da die Grosseltern als Risikopersonen ausfielen, waren viele Familien gezwungen sich neu zu organisieren, teilweise zum Preis einer äusserst hohen Belastung, wenn sie keinen Corona-Erwerbsersatz erhielten.

Stärkung der öffentlichen Dienste. Wir steuern auf eine Wirtschaftskrise zu und die Arbeitgeber fordern bereits Lohnkürzungen sowie eine Verlängerung und Flexibilisierung der Arbeitszeit und stellen soziale Errungenschaften, insbesondere im Bereich der Renten, in Frage. In diesem Kontext unterstreichen die VPOD-Frauen die Notwendigkeit, die öffentlichen Dienste zu stärken, um den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden. Die Gesundheitskrise muss dazu führen, die Gesellschaft umzustrukturieren und alles neu zu überdenken, nicht mehr auf der Grundlage der Gewinne für 1% der Bevölkerung, sondern auf der Grundlage der Bedürfnisse und Wünsche der 99%.

Die Prioritäten umkehren. Die Pandemie muss zum Anlass genommen werden, die Prioritäten unserer Gesellschaften umzukehren und das Gemeinwohl und das allgemeine Interesse in den Mittelpunkt zu stellen. Die ersten Beschlüsse des Bundes zur Lockerung gehen jedoch nicht in diese Richtung. Mitten in der Klimakrise hat der Bund unter dem Vorwand, Arbeitsplätze zu retten, und ohne ökologische oder soziale Auflagen 2 Milliarden Franken an die Luftfahrtbranche gezahlt.

Gleichzeitig wurden nur 65 Millionen Franken für den Kinderbetreuungsbereich bereitgestellt. Dabei ist überdeutlich geworden, dass die familienergänzende Kinderbetreuung unverzichtbar ist und auch Arbeitsplätze schafft. Insgesamt hat der Bund in nur wenigen Tagen 60 Milliarden freigegeben, um den Forderungen der Arbeitgeber nachzukommen, während uns seit Jahren gesagt wird, dass es kein Geld für Gesundheit, Kinderbetreuung, Soziales, Bildung und Kultur, kein Geld für unsere Renten, kein Geld für einen Gleichstellungsplan oder für eine Strategie zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gibt. Wir haben jetzt gesehen, dass dort, wo der politische Wille vorhanden ist, auch die finanziellen Mittel folgen. Und jetzt? Wir wollen, dass die Behörden so viel Geld für die Stärkung und Entwicklung der öffentlichen Dienste in feministischer und ökologischer Perspektive zur Verfügung stellen, wie sie für die "Rettung der Wirtschaft" zur Verfügung gestellt haben.

Unsere Forderungen sind aktueller denn je. Am 14. Juni 2019 waren mehr als 500.000 Frauen und solidarische Männer auf der Strasse. Die VPOD-Frauen haben in diesem Kontext zahlreiche Grundlagen erarbeitet und prioritäre Forderungen formuliert. Ein Jahr später sind sie, nachdem die Corona-Pandemie die wichtige Rolle der Frauen in der Gesellschaft nochmal deutlich hervorgehoben hat, aktueller denn je.

Die Gesellschaft ändern, nicht die Frauen. Was wir vor einem Jahr angeprangert haben, nämlich ein kapitalistisches und patriarchalisches System, das uns in eine Sackgasse führt, ist durch die Pandemie bestätigt worden. Nach dreissig Jahren Sparpolitik ist der Gesundheitssektor, insbesondere die wirtschaftlich unrentablen Dienstleistungen, geschwächt: Spitäler wurden geschlossen oder privatisiert, Betten und Personal abgebaut, ganz zu schweigen von den Alters- und Pflegeheimen und den Spitexdiensten, welche die Stiefkinder des Gesundheitssektors sind. Das Virus hat gerade die Alters- und Pflegeheime besonders hart getroffen, und das Personal - zumeist Frauen, viele mit Migrationshintergrund, gering qualifiziert und mit niedrigen Löhnen – musste unter sehr schwierigen Bedingungen arbeiten: zu wenig Personal, Mangel an grundlegender Ausrüstung wie Schutzkleidung und Masken, mangelnde Ausbildung. Nur dank dem uneingeschränkten Engagement der Angestellten konnte das Gesundheitssystem weiterhin funktionieren und Leben retten und pflegen.

Es ist an der Zeit für einen grundlegenden Wandel: die Menschen müssen wieder ins Zentrum unserer Fürsorge und unserer politischen Aktionen rücken.

Wir lassen nicht locker. Zum 14. Juni 2020 haben wir unsere Forderungen unter dem Licht der Pandemie-Erfahrung angesehen. Sie sind aktueller denn je!

- 1. Die Krise hat deutlich gemacht, dass Frauen drei Viertel der Angestellten in den sogenannten «systemrelevanten» Grundversorgungsberufen darstellen**

Im Allgemeinen sind die Tätigkeiten in diesen Bereichen jedoch schlechter bezahlt als die überwiegend «männlichen» Tätigkeiten in technischen Bereichen, im Management oder in Sektoren wie dem Versicherungs- und Finanzwesen. Und doch sind dies die Berufe, die sich als unverzichtbar für das Funktionieren der Gesellschaft erwiesen haben. Während alles angehalten oder verlangsamt wurde, arbeiteten diese Angestellten weiter. Die Zahlung einer Prämie, wie in anderen Bereichen, ist das Mindeste, um den ausserordentlichen Einsatz anzuerkennen.

- **Risikoprämie:** Wir fordern sofort eine Prämie für das gesamte Personal im Gesundheitsbereich, welches das Funktionieren des Systems während der Pandemie gewährleistet hat, unabhängig von ihrer Tätigkeit.
- **Aufwertung der Gesundheitsberufe.** Eine Prämie ist nicht genug. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen fordern nun Lohnerhöhungen, Aufwertung der Funktionen und Berufe von Frauen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.
- **Gesundheit ist ein Recht.** Das Grundrecht auf Zugang zur Gesundheitsversorgung muss für alle garantiert werden. Es ist eine Frage der Grundrechte, aber auch der öffentlichen Gesundheit.
- **Die öffentliche Gesundheit stärken.** Es ist an der Zeit, einen echten öffentlichen Gesundheitsdienst aufzubauen, der die gesamte Gesundheitskette umfasst: Herstellung von Geräten und Medikamenten, wissenschaftliche Forschung, Finanzierung der Pflege, einschliesslich Krankenversicherung, Gesundheitseinrichtungen, Krankenhäuser, Pflegeheime und häusliche Pflege.
- **Ausreichend Personal ausbilden.** Hätten Frankreich oder Italien beschlossen, ihr gesamtes medizinisches und pflegerisches Personal zurückzuziehen, wäre das Schweizer Gesundheitssystem zusammengebrochen. Daran wird man sich erinnern müssen, wenn die Rechte wieder einmal "Ausländer" verteufelt. Vor allem braucht es mehr ausgebildetes Personal und zufriedenstellende Arbeitsbedingungen, damit qualifiziertes Personal den Beruf nicht vorzeitig aufgrund von Überlastung und Erschöpfung verlässt.

2. Das Virus hat uns gelehrt, dass Reinigen und Desinfizieren genauso wichtig sind wie Heilen.

Die Bekämpfung einer Pandemie erfordert die Umsetzung strenger Hygienevorschriften in allen unseren Lebensräumen: Gesundheitseinrichtungen, öffentliche Räume, Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Werkstätten, Büros und öffentliche Verwaltungen. Das Personal, das in den Bereichen Reinigung, Logistik, Laboratorien, Küchen und Instandhaltung der Räumlichkeiten arbeitet, ist für das Funktionieren der öffentlichen Dienste von wesentlicher Bedeutung, doch in Jahren der Budgetknappheit wurden sie allzu oft ausgelagert. Die Folge: Verschlechterung der Löhne, Arbeitsbedingungen und der Renten.

- **Risikoprämie.** Kurzfristig sollen Mitarbeitende, die während der Pandemie arbeiten mussten und Risiken für ihre Gesundheit eingegangen sind, eine Prämie erhalten.
- **Wiedereingliederung von öffentlich notwendigen Aufgaben.** Es ist notwendig, den Trend umzukehren und das gesamte Personal, das öffentliche Versorgungsaufgaben wahrnimmt, wieder in die öffentlichen und subventionierten Institutionen einzugliedern, zum Beispiel Reinigungs- oder Wäschepersonal, im Übrigen mehrheitlich Frauen und häufig Migrantinnen.
- **Löhne verbessern.** Wo dieses Personal immer noch Teil des öffentlichen Dienstes ist, müssen die Arbeitsbedingungen und Löhne verbessert werden.

3. Der Lockdown hat gezeigt, dass eine Verlangsamung unseres Lebensrhythmus möglich und notwendig ist, und er hat die Bedeutung der Hausarbeit hervorgehoben, insbesondere die Erziehung und Betreuung von Kindern und älteren Menschen.

Sobald die über 65-Jährigen ihre Enkelkinder nicht mehr sehen durften, wurde deutlich, wie viel Kinderbetreuung von Grosseltern, in erster Linie Grossmüttern, übernommen wird, und es zeigten sich die Mängel bei der Organisation der familienergänzenden Kinderbetreuung. Es wurde klar, dass es fürs Hochfahren der Wirtschaft unerlässlich ist, Schulen und Kitas wieder zu öffnen, um die Eltern (in erster Linie die Mütter) von ihren häuslichen Betreuungsaufgaben zu entlasten. Auch die Eltern haben erkannt, wie wichtig die Qualität der vorschulischen und schulergänzenden Betreuung sowie der Schulbildung sind. Aufgrund des Mangels an geeigneten Strukturen mussten viele Frauen ausserdem noch Einkäufe und Mahlzeiten für ihre Eltern organisieren, wenn diese sich nicht selbst versorgen konnten.

- **Arbeitszeit reduzieren.** Wir müssen die Debatte über die Arbeitszeitverkürzung wieder in Gang bringen. Gemäss BFS beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit in der Schweiz 35 Stunden, wenn man die Teilzeitarbeit in die Berechnung mit einbezieht. Auf der anderen Seite ist die gesetzliche Arbeitszeit eine der längsten in den OECD-Ländern! Für uns ist eine Vollzeitarbeitszeit von 35 Stunden ohne Lohnausfall - und warum nicht 32 Stunden, wie von jungen Menschen für das Klima vorgeschlagen - eine Forderung, die so realistisch wie notwendig ist. Das ist der Ausweg aus der Teilzeitfalle, die uns in den Teufelskreis von Niedriglöhnen, Prekarität und Armutsrenten führt. Die Verlangsamung unserer Lebensrhythmen ist auch eine ökologische Notwendigkeit.
- **Kinderbetreuung als Service public.** Wir wollen einen echten öffentlichen Dienst für die vorschulische und schulergänzende Kinderbetreuung, unterschiedslos für alle Kinder (mit berufstätigen oder nicht berufstätigen Eltern, Kinder mit besonderen Bedürfnissen oder nicht, Migrantenkinder oder nicht, usw.), in der ganzen Schweiz, für die Eltern kostenlos und über Steuern finanziert, nach dem Vorbild der öffentlichen Schulen.
- **Unterstützung für pflegende Angehörige.** Wir fordern auch Unterstützung für pflegende und betreuende Angehörige sowie die Anerkennung ihrer Arbeit in den Sozialversicherungen. Mit Covid-19 wurde auch deutlich, dass nicht nur die Eltern von Schulkindern im Fernunterricht, sondern auch die pflegenden Angehörigen überfordert waren, insbesondere wenn Menschen mit Behinderungen nach Hause geschickt wurden.

4. Die Pandemie wird von den Arbeitgebern und der Rechten als Vorwand benutzt, längere und flexiblere Arbeitszeiten zu fordern.

Zur Bewältigung der Gesundheitskrise hat der Bundesrat für die Dauer der Pandemie und bis zum 1. Juni 2020 die Aussetzung des Arbeitsgesetzes (ArG) für das Spitalpersonal verfügt, was den Zorn des Personals auf sich gezogen hat. Und das aus gutem Grund: schon gemäss ArG kann das Krankenhauspersonal bis zu 60 Stunden pro Woche arbeiten. Das Personal und der VPOD haben sich daher gegen eine Politik gewehrt, welche die Situation nur verschlimmert, indem sie das Personal auspowert und viele Fachkräfte dazu veranlasst, ihren Beruf vorzeitig aufzugeben, insbesondere bei der Geburt von Kindern.

- **Arbeiten um zu leben, nicht leben um zu arbeiten.** Während die Arbeitgeber zur Bewältigung der Krise für alle Branchen eine Verlängerung und noch grössere Flexibilität der Arbeitszeiten fordern, fordern wir Arbeitszeiten, die mit unserem Familien- und Privatleben vereinbar sind.

- **Regelmässige Arbeitszeiten.** Regelmässige Arbeitszeiten in Verbindung mit einer Arbeitszeitverkürzung würden es insbesondere Fachkräften im Gesundheitssektor (aber auch anderen) ermöglichen, länger erwerbstätig zu bleiben und viele Burnouts verhindern. Insgesamt würde die Gesellschaft als Ganzes davon profitieren.
5. **Die Hausarbeit, d.h. alle Aufgaben, die hauptsächlich von Frauen ausgeführt werden, ermöglicht die Reproduktion des Lebens.**

Die Haus- und Betreuungsarbeit ist keineswegs nur eine Nebenerscheinung der produktiven Arbeit, sie ist von zentraler Bedeutung für das Funktionieren von Gesellschaft und Wirtschaft. Sie ist jedoch nach wie vor gratis und generiert ausser bei der AHV keine Ansprüche in den Sozialversicherungen, was für die Ausübenden zu Prekarität führt, insbesondere bei Arbeitslosigkeit und bei den Renten. Frauen, die Teilzeit arbeiten, haben nur Anspruch auf Teillohn, während sie durch die Kombination von Erwerbsarbeit und Hausarbeit genauso viel Arbeit wie Männer leisten. Da jedoch zwei Drittel der Arbeit von Frauen Hausarbeit ist, ist sie kostenlos, während zwei Drittel der Arbeit von Männern bezahlt wird. Infolgedessen ist jeder Einkommenseinbruch für die Frauen massiv, insbesondere die 20-prozentige Kürzung aufgrund von Kurzarbeit während der Pandemie.

- **100% Kurzarbeitsentschädigung.** Kurzfristig fordern wir die Zahlung von 100 % des Lohns für alle Geringverdienenden während der Dauer der Pandemie.
- **Anerkennung von unbezahlter Pflege- und Betreuungsarbeit.** Wir wollen die Anerkennung der häuslichen Pflege- und Betreuungsarbeit in den Sozialversicherungen.

6. **Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Gesundheit mit dem Alter schwächer wird und dass Gesundheit und soziale Ungleichheiten oft Hand in Hand gehen. In diesem Zusammenhang ist eine Erhöhung des Rentenalters unverantwortlich und gefährlich für alle gefährdeten Menschen.**

Das Virus befällt Kinder, Jugendliche, Erwachsene und ältere Menschen unterschiedlich. Personen über 65 Jahren wurden als gefährdet angesehen, insbesondere solche mit Vorerkrankungen wie Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes u.a. Diese Vorerkrankungen nehmen ab 50 stark zu. Unter dem Druck der Wirtschaft hat der Bundesrat jedoch den Schutz von gefährdeten Personen geschwächt und ihre Anzahl durch die Einführung strengerer Kriterien reduziert. Doch angesichts der erwarteten Wirtschaftskrise haben die Arbeitgeber bereits ihre Forderungen platziert, darunter eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters auf 67! Das ist nicht nur eine schlechte Idee, sondern eine Gefährdung des Lebens der ArbeitnehmerInnen, wie die Pandemie zeigt, mit der wir es auch noch einige Zeit zu tun haben werden.

Wir werden - einmal mehr - alle Pläne zur Erhöhung des Rentenalters bekämpfen!

- **Schwache schützen!** Wir müssen uns darauf einstellen, noch einige Zeit mit dem Corona-Virus zu leben und fordern den Schutz aller gefährdeten Personen, einschliesslich der Schwangeren!
- **Nein zur Erhöhung des Rentenalters.** Wir lehnen jede Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre ab und fordern die Pensionierung mit 60 Jahren für den Gesundheitsbereich sowie Altersentlastung für Menschen über 55 Jahre.

- 7. Noch nie zuvor haben so viele Menschen mit Telearbeit experimentiert. Positive Aspekte wurden oft hervorgehoben, insbesondere die positiven Auswirkungen der Reduktion von Reisen in Bezug auf Klima und Wetter, oder, teilweise, eine grössere Beteiligung der Väter an der Familienarbeit. Aber es ist ein Irrtum zu glauben, Home-Office sei eine gute Möglichkeit, Familie und Arbeit unter einen Hut zu bringen.**

Im Schlafanzug arbeiten, dem Baby eine Flasche geben, während man den Unterricht der Grossen verfolgt – das ist unmöglich! Während der Schulschliessung haben die Eltern, oft die Mütter, Telearbeit und Fernunterricht, Essenszubereitung und andere Aufgaben kombiniert: ein doppelter Arbeitstag mit Stress und Erschöpfung, der nicht zur Norm werden darf. Ohne klaren Rahmen weitet sich die Telearbeit rasch über die Grenzen der Privatsphäre aus, insbesondere für Teilzeitbeschäftigte, die plötzlich ständig online und verfügbar sein müssen.

- **Kein doppelter Arbeitstag!** In der jetzigen Situation kann an die Telearbeit, die mit Kinderbetreuung einhergeht, nicht die gleichen Anforderungen gestellt werden wie üblich. Arbeitgeber müssen die Doppelbelastung der Eltern berücksichtigen.
- **Telearbeit ist keine Massnahme zur Kinderbetreuung.** Wenn die Wohnung das Büro ersetzt, brauchen die Familien genauso eine Kinderbetreuung, wie wenn sie zur Arbeit gehen.
- **Klare Rahmenbedingungen für Homeoffice.** Die Telearbeit muss klar geregelt werden, damit sie nicht zulasten der Arbeitnehmenden geht. Fachleute warnen vor Erschöpfung, Isolation, der Verwischung der Grenzen zwischen Privat- und Berufsleben sowie zwischen Arbeits- und Ruhezeit.

- 8. Wie die Geschichte zeigt, nutzt das Patriarchat jede Krise, um den Status quo festzuschreiben oder sogar Rückschritte für Frauen durchzusetzen. Unsere Forderungen gelten als Schönwetterprogramm.**

Das sind sie nicht. Unsere Forderungen sind notwendig und dringend, damit es endlich tatsächliche Gleichstellung gibt. Die reproduktive Arbeit, die für das Funktionieren der Gesellschaft unerlässlich ist, muss anerkannt werden und Diskriminierung und geschlechtsspezifischer Gewalt, welche durch die Pandemie noch verschärft wurden, muss ein Ende gesetzt werden – für den Aufbau einer feministischen und nachhaltigen Zukunft.

- **Zeit zum Leben.** Wir wollen, dass die öffentlichen Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen und einen sechsmonatigen Mutterschaftsurlaub sowie einen zweimonatigen Vaterschaftsurlaub einführen, sowie einen zweimonatigen Elternurlaub, der zwischen den Eltern (einschliesslich homosexueller Eltern und Adoptiveltern) geteilt wird.
- **Gesundheit während Schwangerschaft und Stillzeit schützen.** Wir fordern Massnahmen in Bezug auf Räume und Arbeitszeiten für schwangere und stillende Frauen sowie die systematische Ersetzung aller Frauen im Mutterschaftsurlaub.
- **Lohnleichheit.** Wir wollen einen echten Plan für gleiche Löhne, der weit über die minimalistischen Anforderungen der neuen Bestimmungen des Gleichstellungsgesetzes hinausgeht, das am 1. Juli in Kraft tritt.
- **Sexistische Gewalt bekämpfen.** Der Lockdown hat die geschlechtsspezifische Gewalt nicht verringert; gemäss internationalen Untersuchungen hat die Gewalt während der Pandemie sogar zugenommen. Öffentliche und subventionierte Dienste müssen Präventionsprogramme umsetzen und Null-Toleranz gegenüber geschlechtsspezifischer Gewalt und sexueller Belästigung durchsetzen. Krise oder keine Krise, es ist eine Priorität.

- **Sexistische Vorurteile bekämpfen.** Wir fordern die Einführung einer geschlechtergerechten Sprache, Aufklärungskampagnen zur Respektierung von Frauen und LGBTIQ+-Personen sowohl am Arbeitsplatz als auch in Schulen sowie Prävention und Null-Toleranz gegenüber Sexismus und sexueller Belästigung;
- **Respekt vor Frauenkörpern.** Wir wollen frauengerechte Arbeitskleidung in Männerberufen, getrennte Duschen und Umkleieräume, Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der weiblichen Mitarbeitenden an bestimmten sensiblen Arbeitsplätzen sowie auf dem Weg zur und von der Arbeit, insbesondere für Nachtarbeiterinnen.

Ausgearbeitet von den Delegierten der VPOD-Frauenkommission Romandie und Tessin,

Juni 2020

Übersetzung: CF